

Antworten der Piratenpartei RV Hannover an Benjamin Schwarz im Rahmen der Kommunalwahl 2016 in Niedersachsen

1.) Thema - Sicherheit

**Setzen Sie sich für weniger Videoüberwachung im öffentlichen und privaten Raum ein?
Hat die Kameraüberwachung eine abschreckende Wirkung, werden schwere Straftaten verhindert? Wenn ja, wie belegen Sie das?**

Die anlasslose Überwachung von Menschen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln ist nicht mit den Prinzipien einer freien Gesellschaft in Einklang zu bringen. Der Einsatz von regulären Sicherheitskräften ist zielführender, nur durch diese Maßnahme kann Kriminalität verhindert und insbesondere helfend eingegriffen werden. Kameras dagegen bieten wenn überhaupt oft nur verspätet Hilfe oder tragen zur Aufklärung bei. Sie schützen nicht vor Übergriffen. Überwachungsbereiche in der Öffentlichkeit müssen auf das möglichst geringste Ausmaß beschränkt und freie, nicht analysierte Bewegung ermöglicht sein.

2.) Verkehr

Wie setzen Sie sich für eine Zunahme des Radverkehrs ein?

Wann bekommen Radfahrer/Fußgänger mehr Platz im öffentlichen Raum?

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die andauernde autoverkehrsbedingte Grenzwertüberschreitung vom Stickstoffdioxid ein Ende findet?

Radfahrer sollen es in Zukunft leichter haben im Straßenverkehr durchzukommen. Das wollen wir erreichen durch „grüne Pfeile“ für Rechtsabbieger an Radfahrerampeln, mehr für Radfahrer in beide Richtungen nutzbare Einbahnstraßen und mehr Zwei-Richtungs-Radwege. Außerdem fördern wir den Ausbau von Abstell- und Anschließmöglichkeiten sowie Fahrradboxen.

Mit einer konsequenten Fortführung des ursprünglichen Tunnelbaukonzeptes für die Stadtbahnen und dessen Ausweitung auf alle noch oberirdisch verlegten Streckenabschnitte kann der gewonnene oberirdische Raum zu einem zusätzlichen Verkehrsraum werden, der auch die Anlage weiterer Radwege ermöglicht.

Durch intelligente Ampelschaltungen soll der Verkehrsfluss auch für Autofahrer effizienter werden. Intelligenteren Ampelschaltungen verkürzen die Standzeiten der Verkehrsteilnehmer und sorgen somit für niedrigere Emissionen. Zu Schwachlastzeiten sollen noch mehr Ampelanlagen abgeschaltet werden.

Mit der Umwandlung von Längsparkplätzen in Schräg- oder Querparkplätze überall dort, wo eine entsprechende Straßenbreite dies ohne unzumutbare Einschränkungen für den fließenden Verkehr ermöglicht, sorgen wir für zusätzlichen Parkraum und weniger Parksuchverkehr. Sonstige bauliche Maßnahmen dürfen nicht zu einem dauerhaften Verlust von Parkraum führen.

Wir streben eine Ausweitung des Netzes von öffentlichen Schnellladestationen für E-Cars an, um die Attraktivität für elektronische Fahrzeuge zu steigern. P+R Plätze an den Stadtgrenzen, sowie Bahnhöfe eignen sich für die Aufstellung der Stationen. Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung wie kostenfreie Nutzung von bewirtschafteten Parkplätzen oder Inanspruchnahme von Busspuren werden wir fördern. Die Umstellung des Fuhrparks der Stadt und Region auf E-Fahrzeuge regen wir an.

Wir regen eine Machbarkeitsstudie zur Einführung des allgemeinen, umlagefinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV an. Unseren Berechnungen nach müssten dafür alle Bürger in der Region Hannover, die schon jetzt für die Nutzung von Bussen und Bahnen zahlen, monatlich maximal

€ 28,- unter Wegfall bisheriger Subventionen bzw. € 15,- bei deren Beibehaltung entrichten.

Um den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) flexibler zu gestalten, soll überprüft werden, ob sich die stärkere Nutzung alternativer Modelle wie Rufbusse oder Taxis lohnen. Diese sollen dann ebenso in die GVH-Tarife integriert werden. Des weiteren müssen die Leistungen weiterhin strenge Mindeststandards erfüllen, damit die Arbeitsbedingungen, Qualifikationen, Sauberkeit und Qualität der Fahrzeuge sowie die Sicherheit nicht unter der zunehmenden Privatisierung leiden.

3.) Wohnungsbau

Wie schaffen Sie mehr bezahlbaren Wohnraum?

Wir meinen, Wohnungsbau muss mit ausreichenden und angemessenen Mitteln gefördert werden, damit ein vernünftiges Verhältnis zwischen bedarfsgerechtem Angebot und Nachfrage entsteht. Der Bau von sozialem Wohnraum muss dauerhaft und stetig vorangetrieben werden. Durch Förderung von Wohn- und Baugenossenschaften ist ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage in Ballungszentren zu schaffen, der zu einem fairen Mietspiegel führt. Wo kein Mietspiegel existiert, muss er eingeführt werden. So können signifikante Abweichungen von der Durchschnittsmiete gekennzeichnet werden. Förderungskriterium soll bei staatlich gefördertem Wohnraum sein, dass eine dem Bedarf Rechnung tragende Durchmischung mit nicht-gefördertem Wohnraum sichergestellt ist.

Wir streben eine Regelung an, die das Leerstehen von Wohnungen generell für nicht länger als drei Monate sicherstellt. Eine entsprechende Regelung wurde auf Landesebene 2003 außer Kraft gesetzt. Der Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum ist Einhalt zu gebieten. Demgegenüber muss die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum erleichtert werden. Insbesondere in Mischgebieten soll sie zum Tragen kommen. Der Charakter der Mischgebiete ist dabei auch in der Stadt und Region Hannover zu erhalten.